

Dresdner Volkszeitung

Postkassent: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Zeitungspreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Arbeit und Volk“ und „Frei“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Druckzeitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Mellemzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 10 Pf.

Nr. 49

Dresden, Mittwoch den 27. Februar 1924

35. Jahrg.

Hitlers Enthüllungen

Die Angst vor der Öffentlichkeit — Die Hochverräter Rahr, Löffow und Seifert — Der geplante Marsch auf Berlin — „Rahr und Löffow wollten dasselbe“ — Löffow wünschte „50prozentige Sicherheit“

München, 26. Februar. (Eig. Draht.) Schon eine Stunde vor Beginn des Prozesses, der auf 8 1/2 Uhr festgesetzt war, war der Zugang zum Gerichtshaus äußerst lebhaft. Schon abgeperrt ist lediglich die Zugangstrasse zum Hauptportal des Gebäudes. Von der breiten Straße aus führt ein zwei Meter breiter Eingang von Stachelbratt und spanischen Reitern, um die sich ein Dutzend Wachmannschaften der Reichswehr postieren. Nur wenige Requirierte werden durch Schupente von der Abperrung ferngehalten. Im Gebäude selbst bis zum Sitzungssaal ist noch einmal eine vierfache Kontrolle.

Im 8 1/2 Uhr treten die Verteidiger in den Sitzungssaal. Gleich darauf der erste Staatsanwalt, Stengel, in Begleitung seines Gehilfen, des zweiten Staatsanwalts Ehrhart, der den Auf eines besonders qualifizierten Arbeiters hat. Von ihm kommt auch die Anklageschrift. Wenige Minuten später tritt Ludendorff langsam in den Saal, mit ernster Miene, im schwarzen Rock, ohne jede Auszeichnung. Hinter ihm Pöchner und gleich darauf die übrigen Angeklagten. Hitler mußert besonders interessiert das Publikum, bis sich sämtliche Angeklagten mit ihren Verteidigern an die für sie bestimmten Eingänge begeben. Die Zeugen sind für einen späteren Zeitpunkt geladen. Ihre Plätze sind von Vertretern der Behörden und von Angehörigen der Angeklagten besetzt. Von den Besetzten sind u. a. anwesend zwei Vertreter des bayerischen Ministeriums des Innern und des Reichs, des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes. Kurz nach 9 Uhr betritt der Gerichtshof das Podium, an der Spitze der Landgerichtsdirektor Reichardt, ihm zur Seite der Weistat, Oberlandesgerichtsrat Schenderer. Die Verhandlung beginnt sofort mit der Feststellung der Personalien der Angeklagten. Dann nimmt der erste Staatsanwalt das Wort zur Begründung seiner Anklage:

„Die Angeklagten haben, gestützt auf die bewaffneten Machtmittel des Kampfbundes und die bewaffnete Macht der Infanterieschule, unternommen, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewaltsam zu verdrängen, die Reichsverfassung und die des Freistaates gewaltsam zu ändern und verfassungswidrige Regierungsorgane aufzurichten. Das Verhalten der Angeklagten begründet für jeden von ihnen, mit Ausnahme des Angeklagten Ferner, der eines Verbrechens der Wehrkraftverletzung nach § 61 Abs. 2 und § 47 des Reichsstrafgesetzbuchs.“ Die nun folgende Begründung der Anklageschrift, die 40 Seiten umfaßt, wurde von Staatsanwalt Ehrhart verlesen.

Nach der Verlesung der Anklageschrift, die ohne Zwischenfall erfolgte und fast eine Stunde in Anspruch nahm, kam die erste Überlegung. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, für die Dauer der Verhandlung

die Öffentlichkeit generell auszuschließen,

weil die öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der Staatssicherheit und der öffentlichen Ordnung befürchten lasse. „Ich möchte“, so erklärte er, „den Vorbehalt, wenn einzelne Teile des Stoffes abgegrenzt und in der Öffentlichkeit ohne Schaden für den Staat besprochen werden können, für diesen Teil des Verhandlungsstoffes die Öffentlichkeit freizugeben. Die Entscheidung der Angelegenheit läßt infolge der Verteidigungsweise der Angeklagten, wie sie aus dem Ermittlungsverfahren ersichtlich ist, befürchten, daß Dinge zur Sprache kommen, deren Entscheidung in der öffentlichen Verhandlung schwere Gefahren für den Staat, namentlich in innerpolitischer Richtung, herbeiführen würde.“ Dieser Antrag rief den lebhaftesten Widerspruch der Verteidiger hervor. Vier von ihnen gaben über Empörung Ausdruck, daß jetzt nach all den Versprechungen der Staatsregierung und anderer maßgebender Persönlichkeiten, das Volk durch den Prozeß restlos aufzuklären, nunmehr so geheimnisvoll verfahren werden soll. Außerdem gab die Verteidigung folgende gemeinsam vorbereitete Erklärung ab:

„Die Anklageschrift berührt Punkte, deren öffentliche Behandlung kaum im Interesse des Vaterlandes liegen wird. Es ist möglich, daß die Verteidigung gewonnen ist, darauf im Verlaufe des Prozesses zurückzukommen. Die Verteidigung lehnt schon jetzt für die daraus entstehenden außen- und innerpolitischen Folgen die Verantwortung ab.“

Das Gericht beschließt zunächst, während der Beratung des Staatsanwaltslichen Antrages die Öffentlichkeit auszuschließen. Am Ende ist nur den Vertretern der Behörden gestattet. Diese Beratung nimmt 1/2 Stunden in Anspruch. Das Gericht beschließt, öffentlich zu verhandeln und nur von Fall zu Fall zu entscheiden, wann die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Nunmehr beginnt das

das Verhör der Angeklagten,

zunächst Hitlers, dessen Personalien eingehend besprochen werden. Der Angeklagte ist in Braunau geboren und nach Bina zurück. Er hat die bayerische Staatsangehörigkeit nicht erworben. Im Jahre 1912 ist er als Architekturstudient und Dekorationsmaler nach München gekommen. Bei Kriegsausbruch 1914 meldete er sich als Freiwilliger zum Eintritt in die bayerische Armee und hat dann beim Reserve-Infanterieregiment Nr. 16 den ganzen Feldzug mitgemacht. Er hat eine Reihe von Auszeichnungen erworben, wurde zweimal verwundet, zuletzt im Oktober 1918 anlässlich einer schweren Gasvergiftung. Bei seiner Vernehmung legt Hitler großen Wert auf eine genaue Schilderung seiner Kriegsdienste. Bei Beschreibung seiner Lazarettbehandlung schimpft er auf die Revolution, die den ganzen Betrieb seines Lazarettes habe versetzen lassen. Am

1. April 1920 wurde Hitler aus dem Militärdienst entlassen. Bereits im Juli 1920 trat er als Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bei, die ihren Ausgang von Oesterreich genommen hat. — Kurz nach 12 Uhr wurde Verhandlung auf Nachmittags vertagt.

Nachmittagsitzung

Die Nachmittagsitzung war hauptsächlich ausgefüllt mit einer 3 1/2 stündigen Rede Hitlers, in der er mit gewohnter Leidenschaftlichkeit und mit feinem ganzen Geschick als löbender Versammlungstribun seine Sache vertrat. Seine Rede war ein merkwürdiges Gemisch politischer Bekenntnisse, persönlicher Verteidigung und überlieferten Dilettantismus. Sie malte in gewissen Abschnitten ein grauenhaftes Bild der Putsch-Atmosphäre, die in den vier Monaten vor dem 8. November 1923 in München geherrscht und in deren Rann der Neueste Nationalsozialist bis hinauf zu den höchsten Stellen geschlagen war. Selbstverständlich enthält seine Rede auch die aus jeder demagogischen Versammlung im Ritus Kronen gewöhnlichen hundertfachen Angriffe auf die Sozialdemokratie, auf die Marxisten und alle die deutschen Regierungen, die in den letzten fünf Jahren Deutschland mehr zurückgeworfen hätten als seinerzeit der dreißigjährige Krieg.

Hitler begann:

„Ich kam als 17jähriger Mensch nach Wien und lernte dort drei bedeutsame Fragen kennen: die soziale Frage, das Massenproblem und endlich die marxistische Bewegung. Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit, als Todfeind der gesamten marxistischen Weltanschauung, als adöcutisch in

meiner politischen Gesinnung. So kam ich nach München. Nach der Miterregung schloß ich mich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an, die damals sechs Mitglieder umfaßte. Ich war das fünfte. Die marxistische Bewegung ist die Lebensfrage der deutschen Nation. Ich verleihe unter Marxismus eine Lehre, die prinzipiell den Wert der Persönlichkeit ablehnt, die an Stelle der Energie die Waffe setzt und damit gerühmt auf das Fundament des gesamten Kulturlebens wirkt. Diese Bewegung hat mit ungeheuren Instrumenten gearbeitet, mit der unerhörten Massenbeeinflussung, die im Verlaufe von drei bis vier Jahrzehnten so wirken mußte, daß der einzelne zum Totfeind des eigenen Bruders wird, den Franzosen, Engländer oder den Italiener über den Bruder nennt. Diese Bewegung hat über die Schwäche der bürgerlichen Kleinigkeit die absoluten Brutalität des Machtwillens gesetzt. Unse Heine Scher von Nationalsozialisten war sich klar über einen Grundkop: für den, der willens ist, mit geistigen Waffen zu kämpfen, haben wir den Geist, für den andern die Faust. Deshalb unsere Sturmabteilungen, die aber keine militärische Bedeutung hatten. 1923 kam der große bittere Wandel. Nach dem Verlust vom Saargebiet und Oberschlesiens drohte das dritte Schicksal, die Ruhr, verloren zu gehen. Die weltliche Bewegung erkannte, daß das Ruhrgebiet nicht durch reine Passivität erhalten werden konnte, sondern nur durch die Wiedererweckung des nationalen Widerstandes. Eine aktive Front in diesem Sinne mußte hinter der Ruhr aufgebracht werden. Dies war unmöglich, so lange man den Vortrieben aufrechterhielt, und so kamen wir zum erstenmal in großen Zwiespalt mit der gesamten

Vor der Auflösung?

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

SPD. Am 5. Dezember vorigen Jahres gab die Regierung Marx vor dem Reichstag ihre erste und bisher einzige Regierungserklärung ab. Entweder Ermächtigung oder Auflösung des Reichstages war damals die Quittung, mit der sie das Parlament, das sie eingeleitet hatte, bedachte. Aus inner- und außenpolitischen Gründen entschied sich der Reichstag für die Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes, behielt sich aber eine spätere Kritik aller Verordnungen vor, die auf Grund der dem Kabinett gegebenen Vollmachten erlassen werden sollten, und ging dann in die Weihnachtsferien. Seitdem gab die Reichsregierung keine programmatischen Erklärungen mehr ab und man hätte deshalb annehmen sollen, daß sie die erste Gelegenheit nach dem Inkrafttreten des Reichstages benutzen würde, um dem Bedürfnis des In- und Auslandes nach einer Rechtfertigung der in der füngsten Zeit des Parlamentes ergriffenen Maßnahmen Rechnung zu tragen. Der Reichstagskanzler, der am Dienstag die große politische Aussprache im Reichstag einleitete, hat aber nicht daran gedacht, dieser politischen Notwendigkeit nachzukommen. Er verdrängte auf die notwendige eingehende Rechtfertigung der unter seiner Führung bis heute betriebenen Innen- und Außenpolitik, verteidigte noch nicht einmal seine 70 Notverordnungen in dem erforderlichen Maße, sondern beschränkte sich im wesentlichen darauf, dem Reichstag klarzumachen, warum an den Notverordnungen im allgemeinen nichts geändert werden darf, und weshalb Aufhebungsanträge verboten sind. Aber selbst diese Spezialerklärung war mehr als schwach, nicht im geringsten wirkungsvoll und herbeigehend. Seit mehr als einer Woche ist die Auffassung der Reichsregierung über die von ihr geforderte Behandlung der Verordnungen durch den Reichstag bekannt, und ebenso lange ist das Kabinett über die Haltung der Sozialdemokratie unterrichtet, die es als einzige Fraktion vom ersten Tage an abgelehnt hat, sich in ihren verfassungsmäßigen Pflichten von der Regierung auch nur irgendwie behindern zu lassen. Was wäre deshalb mehr angebracht gewesen, als daß Herr Marx von der Tribüne des Reichstages herab unsere Argumente entkräftet und so für die von ihm vertretene Meinung geworben hätte? Aber kein Beispiel zeigte er dafür, daß das Verhalten der Sozialdemokratie nach Aufhebung oder Abänderung bestimmter Verordnungen in inwärtigen eingetretene Stabilisierung gefördert. Der Versuch, die Auflösung der Reichsregierung vor aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen, muß deshalb auch als fehlgeschlagen betrachtet werden.

Die politische Diskussion erhielt unter diesen Umständen erst den Charakter einer sogenannten „großen“ Aussprache, als Genosse Hermann Müller die Laten und Missetaten der gegenwärtigen Regierung h. v. ihre Untergebenen in den letzten Monaten zusammenfassend schilderte. Kritik über und seinen kritischen Bemerkungen positive Forderungen gegenüberstellte. Er hätte sich keine Aufgabe wesentlich leichter machen können, wenn er dem Grundsatze des Herrn Marx gefolgt wäre, der dem Reichstag zwar das Recht gibt, zu kritisieren, ihm aber gewissermaßen unterlag, dann aus dieser Kritik auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Müller lehnte es für die Fraktion ab, sich an dieser Oberwürdigung des Reichstages zu beteiligen. Schon in der Einleitung seiner Rede ließ er dem Kabinett keinen Zweifel darüber, daß auch die Drohung mit der Auflösung des Reichstages die Sozialdemokratie nicht abhalten könne, ihren

verfassungsmäßigen Pflichten nachzukommen. Diesem selbstverständlichen Hinweis folgte der Beweis, daß das Selbst-lob des Herrn Marx über sich und seine Regierung, wie es in seiner Erklärung zum Ausdruck kam, keineswegs gerechtfertigt ist. Mit gutem Recht konnte Müller darauf verweisen, daß manches heute besser wäre, wenn der Reichstag schon vor Monaten den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion gefolgt wäre. Bekanntlich hat sie bereits im April 1923 im Reichstag Anträge zur Stabilisierung der Währung eingebracht, deren Verwirklichung vielleicht die Ruhrbesetzung und das über unser Volk durch diesen widerrechtlichen Akt heringebrochene Elend verhindert hätte. Also schon in einer Zeit, in der die bürgerlichen Parteien einer Stabilisierung ihre Zustimmung verweigerten, ist die Sozialdemokratie für Finanzmaßnahmen zur Sanierung unserer Währung eingetreten. Allein daraus ergibt sich, daß sie heute alles Interesse daran hat, die inwärtigen durch ihre Mitarbeit erlangte Stabilität aufrecht zu erhalten. Nur von diesem Gesichtspunkt aus sind ihre Anträge zu den Notverordnungen der Regierung zu werten. Sie sollen zur Festigung unserer Währung dienen und alle Mängel in den Verordnungen, die diesem Ziel widersprechen, ausmerzen.

Die Handhabung des Ausnahmezustandes gab unsern Fraktionsredner nicht nur Anlaß, die inner- und außenpolitischen Schäden der Militärdiktatur aufzuzählen, sondern auch eine kurze, aber kräftige Abrechnung mit den Kommunisten zu halten. Sie wurden vollkommen berechtigt als die Väter des verlängerten Ausnahmezustandes bezeichnet. Todsächlich sind sie es ja auch, die den Gegnern der Republik geradezu in die Hände spielen. Das zeigte augenblicklich wieder der durch ihren Wahnsinn z. B. in Sachsen hervorgerufene Entstellungsturm gegen die bestehende Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Immer noch predigen sie die Gewalt. Bei allem Wahnsinn, den man auf Befehl von Moskau in Deutschland durchzuführen versucht, bleibt die Sozialdemokratie Gegnerin jedes Ausnahmezustandes. Sie ist der Auffassung, daß die Polizeigewalt heute in Deutschland stark genug ist, Umsturzversuche von rechts und von links von vornherein zu vereiteln, zum mindesten aber sofort im Keim zu ersticken. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich eine zuverlässige Polizeimacht, deren Befolgung zufriedenstellend ist. Gegenwärtig ist diese Voraussetzung noch nicht erfüllt, aber vielleicht wäre es längst möglich gewesen, ihr zu entsprechen, wenn die Mittel zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes der Verbesserung der Gehälter unserer Polizeibeamten zur Verfügung gestellt worden wären. Dienen hat, den Genosse Hermann Müller dem Reichswehrminister gab, ließ er die Forderung folgen, endlich einmal Marsch über die Kosten des Ausnahmezustandes zu schaffen. Die nächsten Tage werden Gelegenheit geben, diese Forderung erneut zu erheben und auf ihre Erfüllung zu drängen.

Am Mittwoch wird die politische Aussprache fortgesetzt. Nimmt sie den gleichen Verlauf wie der Auftakt vom Dienstag, dann ist ziemlich sicher mit der Auflösung des Reichstages zu rechnen. Aber selbst wenn Überraschungen eintreten sollten, die eine Auflösung verhindern, bleibt es Aufgabe unserer Genossen im Lande, nach wie vor mit aller Energie die Wahlen vorzubereiten. Die Rede des Reichstagskanzlers vom Dienstag hat der Sozialdemokratie diese Vorbereitungen nicht erschwert, sondern erleichtert.